

Auf den Hinterbänken

Privatschulen. Obwohl Schulen in freier Trägerschaft von der öffentlichen Hand benachteiligt werden, erfreuen sie sich in Deutschland wachsender Beliebtheit. Kein Wunder: Denn im Durchschnitt sorgen private Schulen für eine hohe Zufriedenheit und gute Leistungen der Schüler.*)

Sie werden das Stigma einfach nicht los: Immer noch verstehen große Teile der Öffentlichkeit unter Privatschulen elitäre Einrichtungen, deren Existenz sich allein darauf begründet, dass finanzkräftige Eltern ihrem Nachwuchs dort ein passables Abschlusszeugnis ermöglichen können.

Tatsächlich aber unterscheiden sich private von staatlichen Schulen weder durch die Intelligenz der Schüler noch durch das Einkommen von deren Eltern, sondern allein durch den Träger – hier die freien, dort die staatlichen. Privatschulen sind hierzulande – anders als etwa in den Niederlanden oder Belgien – deutlich in der Unterzahl:

Von den 34.600 allgemeinbildenden Schulen in Deutschland befinden sich rund 3.200 in privater Trägerschaft – etwa 60 Prozent von ihnen sind konfessionell geprägt.

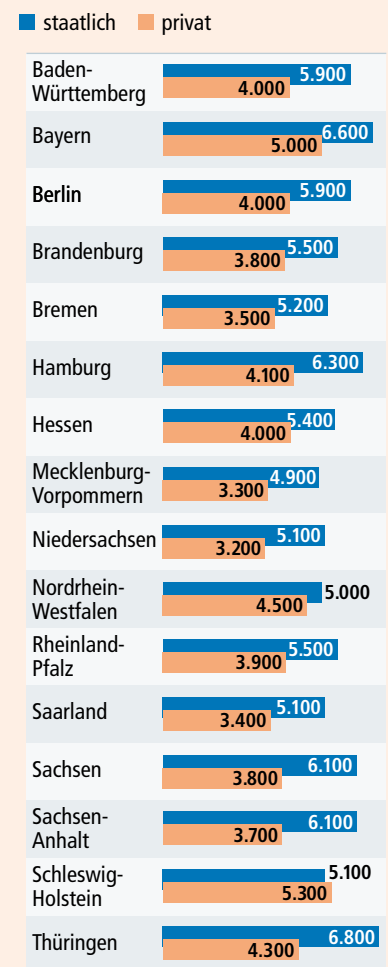
Dennoch erfreuen sich Privatschulen wachsender Beliebtheit: Im Schuljahr 2009/10 besuchten rund 705.000 Schüler eine Schule in freier Trägerschaft, das waren 7,9 Prozent aller Schüler an allgemeinbildenden Schulen. Vor 20 Jahren waren erst 450.000 Jungen und Mädchen an einer Privatschule angemeldet.

Der Run auf die Privaten hat einen simplen Grund: Ihr Angebot steht denen staatlicher Schulen in nichts nach, bei Schülerleistungsvergleichen wie PISA schneiden die in der Statistik auch als Ersatzschulen bezeichneten privaten Einrichtungen sogar besser ab. Außerdem zeichnen sich Privatschulen meist durch ein gutes Schulklima, ein hochwertiges Unterrichtsangebot und eine ausgefeilte Förderkultur aus.

Dass die Privatschulen so gut abschneiden, ist eigentlich ein Wunder, denn zumindest durch die →

Privatschulen: Der Staat zahlt weniger

Staatliche Ausgaben je Schüler an staatlichen und privaten Gymnasien im Jahr 2007, in Euro



Privatschulen: Schulen in freier Trägerschaft; Ausgaben je Schüler im Schuljahr 2006/2007; Berlin: IW-Schätzung für Privatschulen; Quellen: Statistisches Bundesamt, Kultusministerkonferenz

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iwd 27

In dieser Woche

Außenhandel: Deutschland ist für viele europäische Länder ein wichtiger Absatzmarkt – vor allem für Tschechien. Seite 3

Pharmaindustrie: Die Branche verfolgt einen stabilen Wachstumskurs, lediglich die Investitionen gingen 2010 zurück. Seite 4

Sozialversicherungen: Mehr als 100 Milliarden Euro geben die Kassen jährlich für versicherungsfremde Leistungen aus. Seite 5

Urbanisierung: Ob Jung, ob Alt: Städte und Ballungszentren liegen als Wohn- und Arbeitsort wieder voll im Trend. Seite 6

Flughafen Rhein-Main: Mit einer neuen Landebahn und einem zusätzlichen Terminal wappnet sich der Airport für die Zukunft. Seite 7

Kindermagazine: Alle paar Wochen ein neues Heft: Titel wie „yuno“ und „mare aHoi!“ buhlen um die Gunst der jungen Leser. Seite 8

Präsident: Dr. Eckart John von Freyend
Direktor: Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln



→ öffentliche Hand werden sie finanziell auf die Hinterbänke gesetzt (Grafik Seite 1):

In allen Bundesländern unterstützt der Staat Privatschulen finanziell weniger als staatliche Schulen – lediglich in Schleswig-Holstein sieht es wegen der speziellen Regelungen für die dänische Minderheit anders aus.

Aus diesem Grund erhielten die privaten Gymnasien in Schleswig-Holstein im Jahr 2007 mit 5.300 Euro je Schüler 200 Euro mehr als der Nachwuchs an staatlichen Gymnasien.

Dabei haben Schulen in freier Trägerschaft einen Anspruch auf angemessene staatliche Finanzhilfe. Geregelt ist dies durch die sogenannte Institutsgarantie in Artikel 7 des Grundgesetzes; weil Schule aber Ländersache ist, fällt die Finanzhilfe von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich aus.

Vergleichsweise gut schneiden noch die Privatschulen in Brandenburg und Nordrhein-Westfalen ab: Hier erhalten sie pro Schüler und Jahr – über alle Schulformen gerechnet – durchschnittlich „nur“ 500 Euro weniger Finanzhilfe als die staatlichen Einrichtungen. Deutlich schwerer haben es die freien Schulträger in Baden-Württemberg, die mit jährlich 3.000 Euro je Schüler die

größte Finanzierungslücke verkraften müssen.

Die geringere Finanzierung von Privatschulen erspart der öffentlichen Hand jedes Jahr rund 1,2 Milliarden Euro.

Hinzu kommt, dass bei der Berechnung der staatlichen Zuschüsse längst nicht alle Kosten berücksichtigt werden, die das Schulsystem tatsächlich verursacht – weder bei den staatlichen noch bei den privaten Schulen. So veranschlagt die Schulausgabenrechnung sowohl Beihilfe- als auch Verwaltungskosten lediglich kalkulatorisch. Sach- und Dienstleistungskosten sowie Immobilien- und Nebenkosten gehen sogar überhaupt nicht in die Berechnung der Fördersätze ein.

Wer wissen will, wie hoch die Schulkosten tatsächlich sind, ist deshalb beim Steinbeis-Transferzentrum Wirtschafts- und Sozialmanagement besser aufgehoben. Das Heidenheimer Institut berücksichtigt alle Kosten des Schulbetriebs auf betriebswirtschaftlicher Grundlage.

Legt man diese Rechnung zugrunde, ist die Finanzierungslücke der freien Schulträger sogar noch größer (Grafik):

Um die tatsächlichen Kosten zu decken, hätte der Staat den Privatschulen 2007 zwischen 1.770 Euro

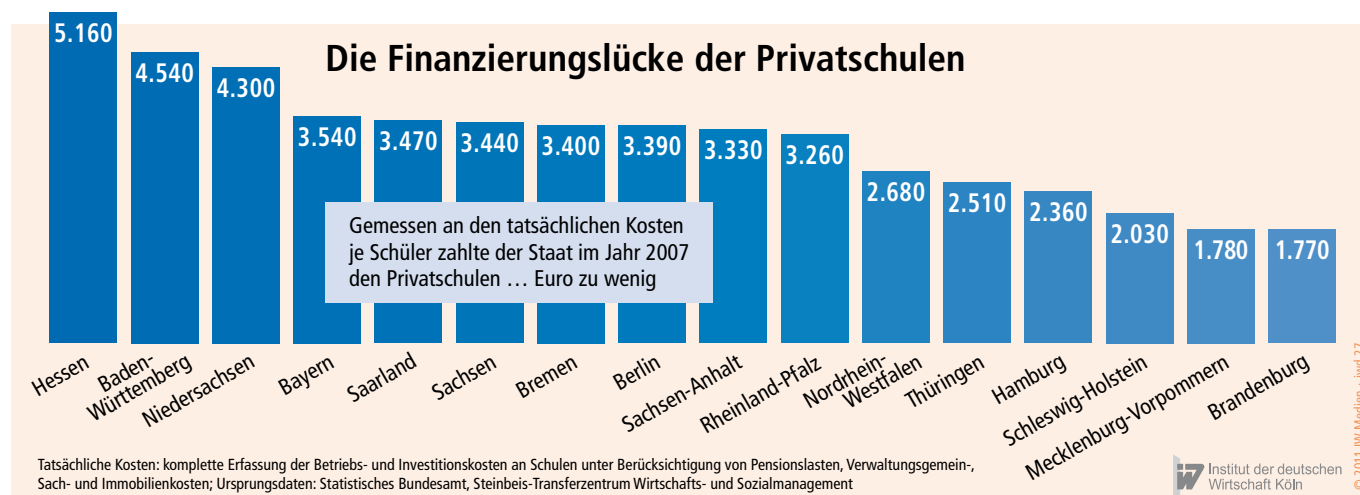
(Brandenburg) und 5.160 Euro (Hessen) je Schüler mehr zahlen müssen.

Im Länderdurchschnitt deckten die staatlichen Zuschüsse nur etwa 50 bis 60 Prozent der tatsächlichen Kosten des Privatschulbetriebs. Kein Wunder also, dass viele freie Schulträger Schulgeld erheben. Doch auch in diesem Punkt sind die Schulen nicht frei: Das Bundesverfassungsgericht legte bereits 1994 eine zumutbare Schulgeld-Marge für Eltern fest – aktuell beläuft sie sich auf monatlich 70 Euro pro Kind, so ein Urteil des Verwaltungsgerichtshofs in Baden-Württemberg.

Viele Privatschulen können mit diesen niedrigen Sätzen nicht überleben – und verlangen einfach höhere Schulgebühren, selbst wenn sie damit gegen das Gesetz verstoßen. Gespart wird auch an den Gehältern: Mitunter verdienen die Lehrer an Privatschulen weniger als ihre Kollegen und Kolleginnen an staatlichen Schulen.

Last but not least müssen viele Privatschulen zur Existenzsicherung auch auf eigene Mittel, Sponsoren und Spenden zurückgreifen; manchmal wird sogar eine Verschuldung in Kauf genommen, um den weiteren Lehrbetrieb zu gewährleisten.

*) Vgl. Helmut E. Klein: Privatschulfinanzierung im Kalkül staatlicher Unterfinanzierung und der Wettbewerbsbeschränkung, in: IW-Trends 2/2011



Geschäfte auf Gegenseitigkeit

Außenhandel. Das starke Wachstum der deutschen Wirtschaft hat auch Vorteile für andere Volkswirtschaften: Sie können mehr Waren nach Deutschland liefern. Vor allem einige europäische Länder profitieren davon.

Die deutsche Wirtschaft wächst und wächst – um mehr als 3 Prozent wird das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) in diesem Jahr steigen, prognostizieren Wirtschaftsforscher. Bereits im vergangenen Jahr war das BIP um 3,6 Prozent gestiegen.

Der Grund dafür ist vor allem die stark wachsende Weltwirtschaft – sie beschert den Unternehmen in Deutschland einen regelrechten Exportboom. Und der hat wiederum die inländischen Wachstumstreiber stimuliert: Die Unternehmen investieren kräftig und schaffen neue Arbeitsplätze.

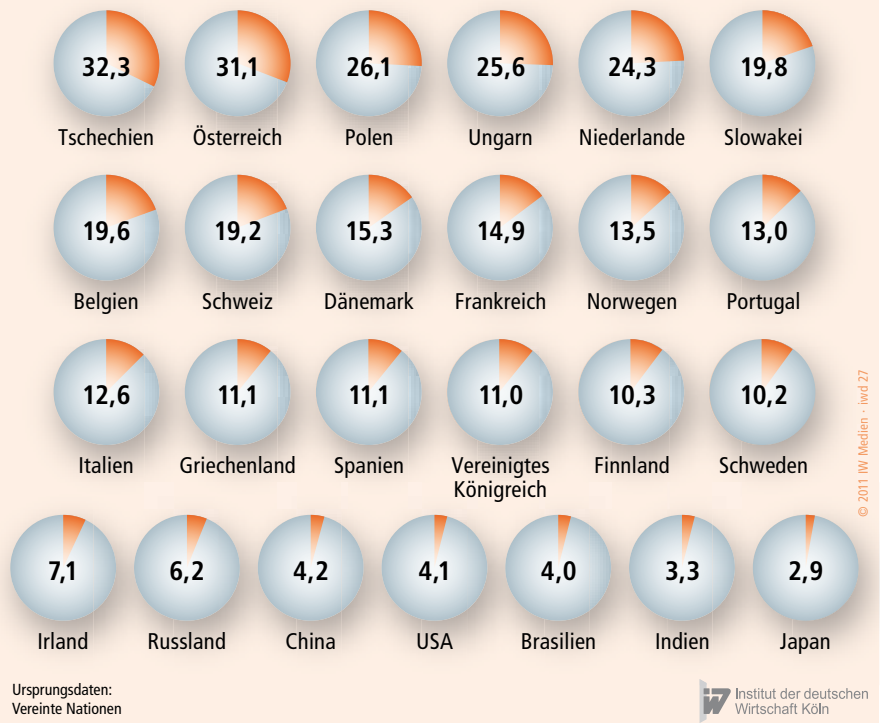
Vom deutschen Wachstum haben auch andere Länder etwas: Importierte die Bundesrepublik im Jahr 2009 noch Güter für rund 665 Milliarden Euro, so waren es 2010 schon fast 800 Milliarden Euro. Für einige Länder sind die Geschäfte mit Deutschland die entscheidende Größe in ihrer Handelsbilanz (Grafik):

Im Jahr 2009 lieferte Tschechien fast ein Drittel seiner Ausfuhren nach Deutschland, in Polen und Ungarn waren es jeweils mehr als ein Viertel.

Wie wichtig Deutschland als Handelspartner für viele Länder ist, zeigt am besten der Vergleich mit Frankreich: Die Bundesrepublik ist für den Nachbarn im Westen sowohl größter Abnehmer von Waren als auch größter Lieferant. Allerdings verkaufen die hiesigen Unternehmen nur rund

Absatzmarkt Deutschland

So viel Prozent ihrer Exporte lieferten diese Länder 2009 nach Deutschland



9,5 Prozent ihrer Ausfuhren nach Frankreich, während umgekehrt 15 Prozent der französischen Exporte Richtung Deutschland gehen. Damit ist die Bundesrepublik für die Grande Nation der mit Abstand wichtigste Exportmarkt. Nach Italien und Spanien – den beiden nächstgrößeren Auslandsmärkten – verschicken die Franzosen nur rund halb so viele Waren.

Dieses Strickmuster, wonach Deutschland mit Abstand der größte Abnehmer ist, findet sich auch in anderen Ländern:

Österreich liefert gut 31 Prozent seiner Ausfuhren nach Deutschland – das zweitgrößte Exportland der Alpenrepublik ist Italien mit einem Anteil von nur knapp 9 Prozent.

Für zwei der weltweit größten Volkswirtschaften spielt der Absatz-

markt Deutschland dagegen eine untergeordnete Rolle: Nur jeweils gut 4 Prozent der chinesischen und der amerikanischen Exporte gehen in die Bundesrepublik.

Doch 4 Prozent der chinesischen Exporte sind freilich eine ganz andere Nummer als beispielsweise 4 Prozent aus Andorra – schon im Jahr 2010 importierte Deutschland aus keinem anderen Land so viel wie aus dem Reich der Mitte.

Und das dürfte sehr wahrscheinlich so bleiben: Beim deutsch-chinesischen Gipfeltreffen in Berlin erklärten Bundeskanzlerin Angela Merkel und Chinas Premier Wen Jiabao vergangene Woche, das bestehende Handelsvolumen von derzeit gut 140 Milliarden Dollar innerhalb der nächsten fünf Jahre verdoppeln zu wollen.

Stabiler Wachstumskurs

Pharmaindustrie. Die pharmazeutische Industrie konnte auch während der Krise 2009 mit positiven Zahlen glänzen und folgt im aktuellen Aufschwung ihrem stabilen Wachstumskurs. Einzig bei den Investitionen halten sich die forschenden Pharma-Unternehmen derzeit zurück.

Die forschenden Pharma-Unternehmen sind von der Weltwirtschaftskrise verschont geblieben, weil sie stärker von konjunkturunabhängigen Faktoren wie dem medizinischen Bedarf und der Demografie leben (vgl. iwd 9/2010). Folge: Diese Spitzentechnologie erweist sich als sehr robust:

- Aufgrund der Krise sank der Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes 2009 um rund 18 Prozent, die Produktion sogar um mehr als 20 Prozent. Der Umsatz der forschenden Pharma-Unternehmen legte dagegen um etwa 5 Prozent zu, die Produktion verringerte sich kaum (Grafik).
- Im Aufschwung 2010 stiegen Produktion und Umsatz im Verarbei-

tenden Gewerbe dann um rund 15 Prozent – die forschenden Pharma-Unternehmen hatten wiederum ein Wachstum von 5 bzw. 4,3 Prozent.

Diese Entwicklung spiegelt sich auch in der Beschäftigung wider. Mit 82.250 Mitarbeitern hatten die forschenden Pharma-Unternehmen im Jahr 2010 nur 0,7 Prozent weniger Arbeitnehmer unter Vertrag als im Vorjahr. Im Verarbeitenden Gewerbe dagegen sank die Zahl der Beschäftigten um mehr als 2 Prozent.

Die aktuellen Zahlen des Verbands der forschenden Pharma-Unternehmen (Kasten) enthalten aber auch einen Wermutstropfen:

Die Investitionen in Sachanlagen schrumpften im Pharmasektor 2010 um fast 14 Prozent.

Sowohl die Höhe der Forschungsaufwendungen als auch die Zahl der FuE-Beschäftigten lag leicht unter dem Vorjahresniveau.

Damit die Investitionszurückhaltung nur eine vorübergehende Erscheinung bleibt, verdienen die Standortbedingungen der Branche

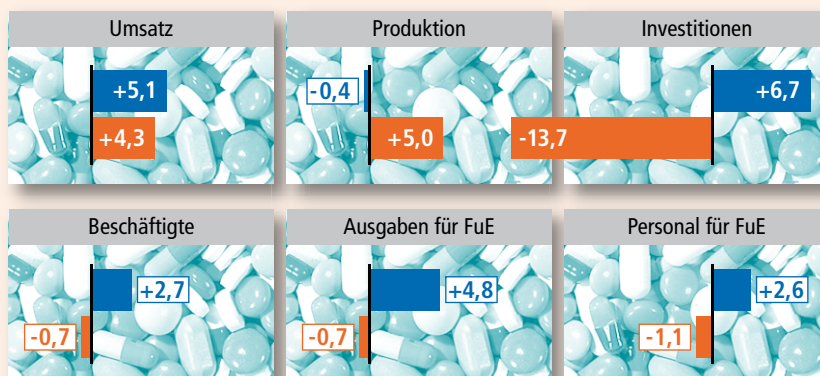
besondere Aufmerksamkeit. So scheiterte im Frühjahr die im Koalitionsvertrag avisierte Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung. Damit wurde ein positives Signal für den Innovationsstandort Deutschland verschenkt. Denn mittlerweile verfügen rund drei Viertel der OECD-Staaten über eine solche Förderung (vgl. iwd 26/2010). Auch die Einführung von Zwangsrabatten und die Neuordnung des Arzneimittelmarktes haben die Pharma-Unternehmen verunsichert. Zwar ist ein Mehr an Wettbewerb zu befürworten. Gleichzeitig können aber dirigistische Eingriffe auf dem Gesundheitsmarkt potenzielle Investoren abschrecken.

Mehr Transparenz in der Statistik

Auch wenn sich die forschenden Pharma-Unternehmen vor allem um die Entwicklung und Produktion von innovativen Arzneimitteln kümmern, listet das Statistische Bundesamt nicht alle Unternehmensteile unter dem Stichwort „Pharma“ auf. Zum einen erfasst die „Pharmabranche“ nach amtlicher Statistik auch die weniger forschungsintensiven Unternehmen. Zum anderen erfragen die Statistiker den Tätigkeitsschwerpunkt nicht nur für das Unternehmen, sondern auch für dessen einzelne Betriebe. So landet ein Unternehmensteil schon mal beim „Handel“ oder bei der „Verwaltung“. Seit diesem Jahr erhebt der Verband der forschenden Pharma-Unternehmen daher die Daten für jeden einzelnen Betrieb seiner Mitgliedsunternehmen. Dieser Mehraufwand lohnt sich, denn dadurch sind die Angaben der Pharmaindustrie besser mit anderen Branchen vergleichbar.

Pharmazeutische Industrie: Investitionen schwächeln

Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent ■ 2009 ■ 2010



FuE: Forschung und Entwicklung
 Ursprungsdaten: Verband forschender Pharma-Unternehmen

Institut der deutschen
 Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien · iwd 27

Der Beitragszahler zahlt oft die Zeche

Sozialversicherungen. Jedes Jahr geben die deutschen Sozialkassen mehr als 100 Milliarden Euro für versicherungsfremde Leistungen aus. Das zeigt ein Gutachten des Zentrums Generationenforschung der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft.

Die Sozialversicherungssysteme in Deutschland werden um Reformen nicht herumkommen: Beließe man alles so, wie es ist, würde der Beitragssatz in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung von heute zusammen 17,45 Prozent bis zum Jahr 2060 auf mehr als 30 Prozent steigen. Und bei der Rente sähe die Rechnung nicht besser aus.

Verantwortlich dafür ist einerseits der demografische Wandel, andererseits die ineffiziente Struktur des gesamten Systems. Einen großen Teil der Ausgaben machen beispielsweise sogenannte versicherungsfremde Leistungen aus (Kasten und Grafik).

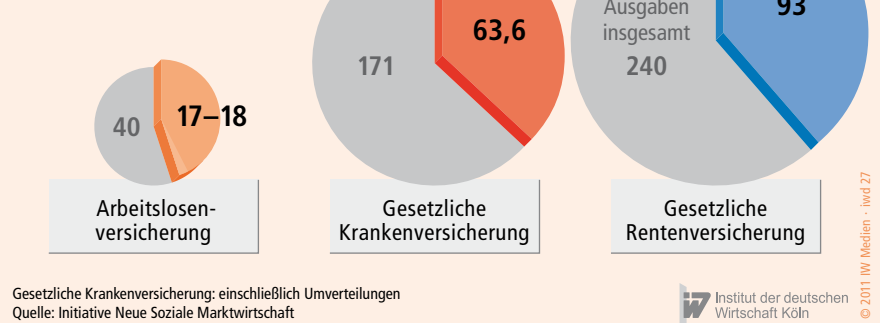
Fast 40 Prozent der Ausgaben der Rentenversicherung entfallen auf Leistungen, die nicht direkt etwas mit der Altersrente zu tun haben – etwa Frühverrentungen, Kriegsfolgeleistungen und Hinterbliebenenrenten.

Die Last für diese Extras tragen auch die Beitragszahler. Denn die rund 71 Milliarden Euro, mit denen der Bund die gesetzliche Rentenversicherung bezuschusst, reichen nicht aus, um die versicherungsfremden Leistungen komplett zu finanzieren.

Die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) krankt dagegen an Umverteilungen: Hier werden insgesamt rund 60 Milliarden Euro hin und her geschoben – vor allem zwischen Mit-

Sozialversicherungen: Milliarden, die nicht dazugehören

Versicherungsfremde Leistungen sind Ausgaben, die nicht primär ins Aufgabengebiet einer Sozialversicherung fallen. So wird zum Beispiel mit dem Geld aus der Arbeitslosenversicherung auch der Eingliederungsbeitrag für Langzeitarbeitslose finanziert. im Jahr 2008, in Milliarden Euro



gliedern und mitversicherten Familienangehörigen sowie zwischen Mitgliedern mit hohen und niedrigen Einkommen. Die Umverteilungssumme entspricht fast 37 Prozent der GKV-Gesamtausgaben.

Eine Lösung wäre, die kostenlose Mitversicherung einzuschränken: Müssten alle bislang Mitversicherten ab dem 25. Lebensjahr einen eigenen Beitrag leisten – z.B. den aktuellen Mindestsatz von 126 Euro pro Monat –, würden rund 5 Millionen Menschen mehr in die GKV einzahlen. Mit diesen Mehreinnahmen ließe sich der Beitragssatz um rund 0,7 Prozentpunkte senken.

Auch in der Arbeitslosenversicherung liegt einiges im Argen: Ihre versicherungsfremden Leistungen belaufen sich auf 18 Milliarden Euro – fast die Hälfte des jährlichen Ausgabenvolumens. Ein großer Brocken sind die Eingliederungsbeiträge: Mit jährlich rund 5 Milliarden Euro werden die Kosten des Wiedereinstiegs von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt finanziert. Das Problem

auch hier: Der Bund deckt mit seinen Steuerzuschüssen nur 60 Prozent der versicherungsfremden Ausgaben, den Rest tragen die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

Versicherungsfremde Leistungen

Die Ausgaben einer Sozialversicherung sind dann versicherungsfremd, wenn sie

- an nicht versicherte Personen geleistet werden,
- an versicherte Personen geleistet werden, aber nicht durch Beiträge gedeckt sind,
- Risiken absichern, die nicht in das Aufgabengebiet der Sozialversicherung fallen.

Entscheidend dafür, ob versicherungsfremde Leistungen das System belasten, ist die Frage, wer sie finanziert. Da auch Personen profitieren, die keine Sozialversicherungsbeiträge zahlen, sollten die versicherungsfremden Leistungen komplett aus Steuermitteln gedeckt werden. Andernfalls werden die Beitragszahler unnötig zur Kasse gebeten.

Zurück in die Stadt

Urbanisierung. In Deutschland ist der demografische Wandel voll im Gange. Seit 2003 nimmt die Gesamtbevölkerung ab, während die Zuwanderung ausbleibt. Nur einige Ballungszentren können sich diesem Trend entziehen – sie profitieren von der neuen Landflucht.

Noch in den 1990er Jahren wollten viele Menschen ein Häuschen im Grünen, Land- und Vorstadtidylle, bloß weg aus der Stadt. Besonders in Ostdeutschland wanderten viele in das bis dahin kaum entwickelte Umland ab, etwa rund um Berlin. So bildeten sich um die Großstädte sogenannte Speckgürtel, die Einwohner wurden zu Pendlern. Die Bevölkerungs- und Arbeitsplatzzahlen der Umlandgemeinden stiegen stark an, während die Stadtkerne mit Abwanderung und Leerstand zu kämpfen hatten.

Mittlerweile dreht sich der Trend: Innenstädte sind wieder chic – zum Leben und zum Arbeiten (Grafik):

Seit dem Jahr 2000 melden die Ballungsräume fast ununterbrochen steigende Einwohnerzahlen, während ländliche Gegenden permanent an Bevölkerung verlieren.

Besonders beliebt sind dabei in Westdeutschland München und Hamburg, im Osten der Republik Leipzig und Dresden. Die Umzugskisten werden dabei quer durch alle Bevölkerungsschichten gepackt: Für Studenten und Auszubildende sind die Innenstädte und Hochschulstandorte weiterhin sehr attraktiv – und dürften es auch bleiben, da immer mehr Akademiker gebraucht werden.

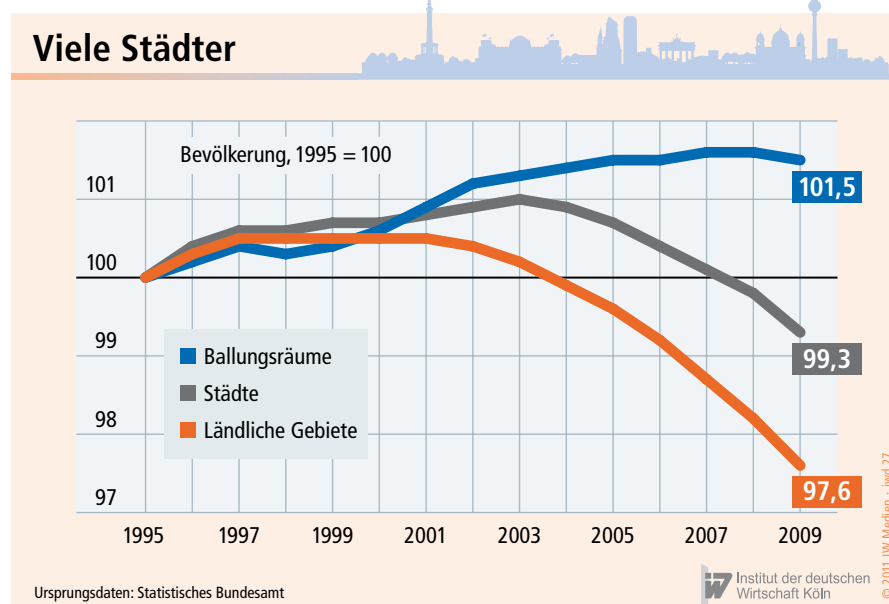
Auch die Beschäftigtenzahlen sind in den vergangenen Jahren in den Großstädten stärker gestiegen als im Umland. Die Unternehmen hatten lange Zeit ihre Produktion auf die grüne Wiese verlagert, um Kosten zu senken und mehr Platz zu schaffen. Doch mittlerweile gewinnen die wissensintensiven Dienstleistungen an Bedeutung – und die Städte bieten

die benötigten Büroflächen für kluge Köpfe.

Aber auch junge Familien suchen wieder verstärkt die Nähe zu den Zentren: Kürzere Wege, ein breiteres Kulturangebot und bessere Kinderbetreuungsmöglichkeiten lassen viele Eltern verstärkt nach Wohnungen in unmittelbarer Innenstadtnähe suchen.

Zu guter Letzt zieht es selbst die Senioren Richtung Stadt. Dafür dürfte die Nähe zu Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen, aber auch zu den Enkeln entscheidend sein – wobei die Mehrheit der Älteren weiterhin die ruhigeren Stadtrandlagen bevorzugt.

Für die Städte bringen die Zuzügler zwar Chancen mit sich – mehr Einwohner bedeuten beispielsweise zusätzliche Steuereinnahmen. Allerdings müssen die Kommunen auch investieren, etwa in mehr Versorgungsangebote wie in die Kinderbetreuung. Wachsen die Städte zudem auf Kosten des Umlands, wie es in vielen schrumpfenden ostdeutschen Regionen der Fall ist, führt das zu weiteren Problemen – denn deren Infrastruktur ist dann überdimensioniert und muss rückgebaut werden.



Ballungsräume

Berlin und sein Umland, die Region Rhein/Main sowie das Ruhrgebiet – man muss nicht bis nach Japan schauen, um Ballungsräume zu finden. Diese Regionen sind – wie ihr Name schon sagt – mit rund 300 Personen je Quadratkilometer dicht besiedelt und haben insgesamt meist mehr als 300.000 Einwohner.

Auf Wachstum getrimmt

Flughafen Rhein-Main. Zu seinem 75. Geburtstag zeigt sich Deutschlands größter Flughafen für die Zukunft gerüstet. Eine vierte Piste steht direkt vor der Fertigstellung und ein neues Großterminal für 25 Millionen Passagiere jährlich ist in Planung.

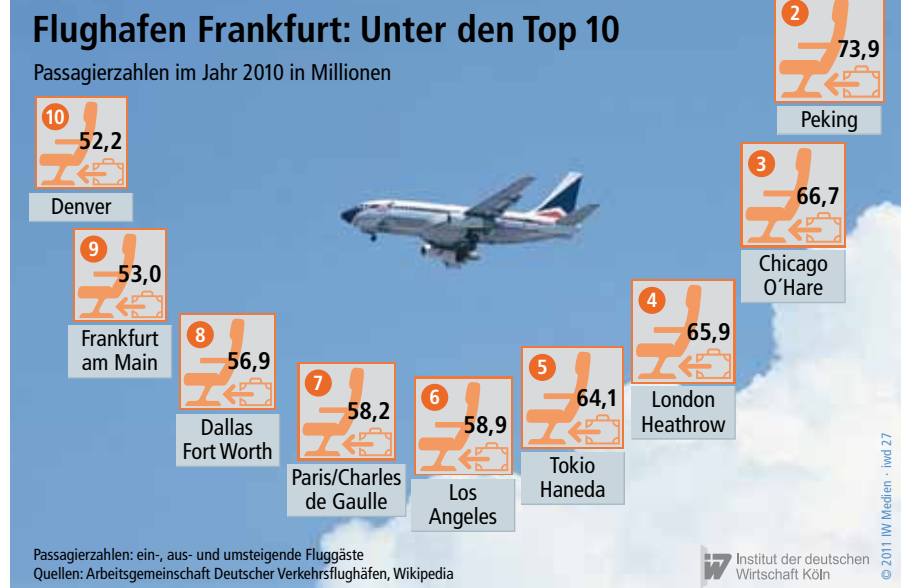
Ob Ölkrise oder „Nine-Eleven“: Immer wenn sich eine Zeitlang weniger Passagiere an den Gates tummeln, wird dem Luftverkehr ein Ende des Wachstums vorhergesagt. Und immer wieder legt sich die Aufregung ziemlich schnell, sobald die Passagierzahlen wieder nach oben gehen:

Im langfristigen Durchschnitt hat die Zahl der Flugreisenden in Deutschland Jahr für Jahr um rund 4 Prozent zugenommen.

In diesem Jahr dürften die deutschen Verkehrsflughäfen mit über 200 Millionen abgefertigten Passagieren trotz der neuen Luftverkehrssteuer und den hohen Kerosinpreisen einen neuen Rekord verzeichnen. Im Mittelpunkt steht dabei der Frankfurter Flughafen, der über ein Viertel aller im Inland startenden und landenden Fluggäste abfertigt.

Die bislang höchste Zahl an Reisenden zählte Rhein-Main 2007 mit gut 54 Millionen Passagieren. In der Krise 2009 stiegen dann nur noch 51 Millionen Menschen ein, aus oder um. Im Jahr 2010 verhinderte der Vulkan Eyjafjallajökull eine schnelle Erholung. Doch im laufenden Jahr dürfte der Airport wieder kräftig zulegen:

In den ersten fünf Monaten 2011 stieg das Fluggastaufkommen in Frankfurt um 10 Prozent.



Die Erweiterung des Airports kommt also zur rechten Zeit. In den Jahren vor der Krise hatten die begrenzten Kapazitäten dazu geführt, dass der Pariser Flughafen Charles de Gaulle den deutschen Vorzeigeflughafen von Rang 2 in Europa verdrängen konnte (Grafik). Denn die beiden Frankfurter Runways liegen zu dicht beieinander, um einen unabhängigen Flugbetrieb zu ermöglichen. Und die Startbahn West kann, wie der Name schon sagt, nur für Starts genutzt werden.

Deshalb musste eine neue Landebahn her. Sie liegt im Nordwesten des Flughafens. Mit allen vier Bahnen zusammen können künftig maximal 126 statt wie bisher nur 85 Starts und Landungen pro Stunde abgewickelt werden. Mit der Inbetriebnahme der neuen Piste im Oktober werden aber zunächst nur 91 Flieger stündlich starten und landen.

Um Kapazitätsengpässe bei der Abfertigung zu beseitigen, will Frankfurt ebenfalls zwei Schippen drauflegen. Der erste Abschnitt des

zusätzlichen Terminals 3 soll 2017 fertiggestellt werden, der Flugsteig A im Terminal 1 wird derzeit erweitert. Wenn die Airlines dann zunehmend den Airbus A380 einsetzen, können auf Rhein-Main etwa 90 Millionen Passagiere jährlich abgefertigt werden. Das ist ein wichtiger Schritt, um Deutschland und sein internationales Drehkreuz Frankfurt in der ersten Liga der Luftverkehrsstandorte zu halten.

Aktuell ist der Rhein-Main-Airport die größte Arbeitsstätte Deutschlands – noch vor dem VW-Werk in Wolfsburg. Am Flughafen selbst sowie bei jenen Firmen und Behörden, die auf dem Flughafen-gelände tätig sind, arbeiten insgesamt etwa 72.000 Beschäftigte.

Wenn die aktuellen Ausbaupläne umgesetzt werden, könnte diese Zahl noch einmal um 40.000 steigen. Denn mit jeder Million Passagiere entstehen circa 1.000 zusätzliche Arbeitsplätze. Und der expandierende Luftfrachtsektor schafft ebenfalls neue Jobs.

Konkurrenz für Mickey Mouse

Kindermagazine. Printprodukte für Kinder und Jugendliche boomen, viele Verlage bringen deshalb neue Titel auf den Markt. Im Trend liegen vor allem Magazine, die sich an den wissbegierigen Nachwuchs wenden.

Es gab einmal eine Zeit, da durfte Kindern das Lesen einfach nur Spaß machen. Damals hießen die Magazine „Bussi Bär“, „Yps“ und „Mickey Mouse“. Mit denen fläzten sich die jungen Leseratten in der nächsten Ecke und konnten ungestört in ihre Fantasiewelten abtauchen.

„Bussi Bär“ und „Mickey Mouse“ gibt es zwar immer noch, doch sie haben inzwischen ernsthafte Konkurrenz bekommen – von sogenannten Edutainment-Magazinen. Diese Wissenszeitschriften für Kinder bieten eine Mischung aus Erziehung (education) und Unterhaltung (entertainment), wie etwa das seit 1996 erscheinende „GEOlino“, ein Ableger der Zeitschrift „GEO“ (Grafik):



Wissensmagazine für Kinder: Neue Spielweise

	Erstausgabe	Auflage	Erscheinungsweise	Preis in Euro
GEOlino	November 1996	219.000	monatlich	3,40
yuno	Juni 2010	100.000	zweimonatlich	2,50
Dein SPIEGEL	September 2009	64.000	monatlich	3,40
ZEIT LEO	September 2011	voraussichtlich 40.000 bis 60.000	zweimonatlich	4,95
mare aHoi!	Juni 2011	56.000	zweimonatlich	3,90
GEOmini	September 2009	45.000	monatlich	2,90
Willi wills wissen	April 2008	45.000	sechswöchentlich	2,95
NATIONAL GEOGRAPHIC world	Dezember 2003	16.000	monatlich	5,30 inklusive Hörbuch

Auswahl aus rund 60 Kinderzeitschriften; Auflage: jeweils verkaufte Auflage mit Ausnahme von mare aHoi!, für das derzeit lediglich die Auflage angegeben werden kann, die in den Handel geht
Quellen: Verlagsangaben, Verband Deutscher Zeitschriftenverleger

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 iw Medien - iw 27

Mit einer verkauften Auflage von fast 220.000 Exemplaren ist „GEOlino“ die erfolgreichste deutsche Kinderzeitschrift.

Dagegen sieht selbst „Mickey Mouse“ mit rund 170.000 verkauften Exemplaren – wenn auch pro Woche – alt aus.

Der Markt für kluge Kinderzeitschriften erlebt derzeit einen regelrechten Hype. Weil zum Beispiel „Dein SPIEGEL“, die Kinderausgabe des „SPIEGEL“, mit einer verkauften Auflage von 64.000 bereits nach anderthalb Jahren als etabliert gelten darf, ziehen andere Verlage sukzessive nach. So hat etwa der „Stern“ seit diesem Jahr mit „yuno“ einen regelmäßig erscheinenden Ableger. Sogar ein Special-Interest-Magazine wie „mare“, ein Heft für

Intellektuelle mit Hang zum Maritimen, hat gerade ein Produkt für den Nachwuchs auf Kiel gelegt: „mare aHoi!“ ist ein Kinderheft zum „eintauchen und staunen“ und widmet sich – wie die Mutter – ausschließlich dem salzigen Nass; das gilt sogar für die Witze am Heftende.

Und wer soll das alles lesen? Zunächst natürlich erst einmal die Zielgruppe: Rund 70 Prozent aller 6- bis 13-Jährigen lesen regelmäßig Kinderzeitschriften, so die KidsVerbraucherAnalyse 2010. Viele der Magazine scheinen aber auch den Geschmack der Erwachsenen zu treffen – das Durchschnittsalter der den Kinderschuhen entwachsenen GEOlino-Leser beläuft sich auf stolze 41 Jahre, so die Allensbacher Markt- und Werbeträger-Analyse.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellvertreterin: Brigitte Lausch
Redaktion: Alexander Weber (verantwortlich), Jork Herrmann, Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf
Redaktion Berlin: Klaus Schäfer
Redaktionsassistentin: Angelika Goldenberg
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iw@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,30/Monat, zzgl. € 3,01
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Aboservice: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln,
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Bercker Graphischer Betrieb
GmbH & Co. KG, Kevelaer

Dem iwD wird einmal monatlich (außer Januar und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iw.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.